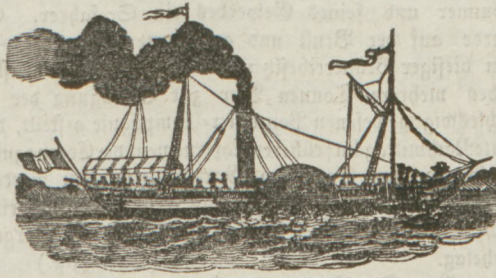


Danziger Dampfboot.

N^o. 204.

Donnerstag, den 1. September.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portefaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Stiefte auch pro Monat 10 Sgr.



1864.

33ter Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltheile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Kettemeyer's Centr.-Bz. u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Jügel & Fort. G. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau. In Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. Haasenstein & Vogler.

DANZIGER DAMPFBOOT.

Das Abonnement pro September beträgt hier wie auswärts 10 Sgr. Auswärtige wollen den Betrag direct an unsere Expedition fr. einsenden.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Dienstag 30. August. Der russische Großfürst Thronfolger Nikolaus ist gestern infognito hier eingetroffen, wird dem Vernehmen nach morgen nach Kiel gehen und sich wahrscheinlich von dort nach Kopenhagen begeben.

Hamburg, Mittwoch 31. August, Nachm. Nach hier eingetroffenen Berichten aus Kopenhagen vom 30. d. hat der Conseilspräsident Bluhme in der Sitzung des Landsting vom 29. bei der Diskussion über die Petition der 119 Schleswiger Folgendes erklärt: Die Regierung war und ist noch jetzt bestrebt, die Friedensunterhandlungen sobald als möglich zu Ende zu bringen. Sie ist dabei bemüht, soviel nur erreichbar, zu retten und zu erhalten, und zugleich die politische und nationale Selbstständigkeit jener Landesteile, welche man nicht retten konnte, denselben zu bewahren. Welche Erfolge diese Schritte haben würden, wüßte er nicht, denn die Ausichten wären sehr trübe. Die Regierung käme hierin den Wünschen des Things gern entgegen, und werde ihr Bestes thun, aber die Mittel, welche man anwenden könnte, seien bereits alle angewandt worden.

Das Landsting hat die schleswigsche Petition der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen.

Der politische Ausschuss des Volkstings beantragt, der Regierung die Petition der 119 Schleswiger zur Berücksichtigung zu überweisen und empfiehlt die Annahme folgenden Beschlusses:

Das Volksting spricht das Vertrauen aus, daß die Regierung bei dem Abschlusse des Friedens das natürliche und heilige Recht der Bevölkerung von Schleswig und der jütischen Enclaven vertreten werde, in einer freien Abstimmung, die in jeder einzelnen Commune oder in jedem einzelnen Distrikte vorzunehmen ist, über ihr zukünftiges Schicksal zu entscheiden.

Kopenhagen, Dienstag 30. August, Abends. Die heutige „Berlingske Tidende“ bemerkt gegenüber der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß es sich bei den betreffenden Aeußerungen des Finanzministers um „Bestrebungen“ handelte, einen Theil des dänischen Theils von Schleswig zu retten und daß diese Bestrebungen doch keineswegs mit der loyalen Auffassung der Friedenspräliminarien in Widerstreit wären.

Wien, Mittwoch 31. August, Abends. Die „Generalcorrespondenz“ meldet: Heute hat keine Sitzung der Conferenz stattgefunden. Der Tag, an welchem die nächste Sitzung sein soll, ist noch nicht festgesetzt.

Baron v. Höck wird Oesterreich auf der Berliner Zollconferenz vertreten, jedoch nicht vor acht Tagen nach Berlin abreisen.

Turin, Dienstag 30. August. Die heutige „Stampa“ dementirt das Gerücht von der bevorstehenden Emission einer neuen Anleihe. — Der mexikanische Gesandte hat dem Könige von Italien die Hoffnung auf Befestigung des Einvernehmens zwischen den beiden gleichragigen Völkern ausgedrückt, deren Regierungen auf dem Willen des Volkes, der Basis eines jeden freien Volkes, beruhen. Der König Victor Emanuel sprach darauf sein Vertrauen aus, daß der von ihm persönlich hochgeschätzte

Kaiser Maximilian das Glück seiner Unterthanen begründen werde.

Paris, Dienstag 30. August.

Der Kaiser, der Kaiserliche Prinz, Prinz Napoleon und Prinz Humbert sind heute nach Chalons abgereist. Morgen finden daselbst große Manöver statt.

Zur Angelegenheit der deutschen Flotte.

Die vorgestrige Abendausgabe der „Weser-Ztg.“ enthält folgenden, diese hochwichtige Angelegenheit betreffenden Leitartikel:

Das Schreiben, welches der preussische Abgeordnete Herr Friedrich Harkort vor einigen Wochen an uns gerichtet hat, giebt einen erneuerten Beweis dafür, in ein wie schwieriges Stadium die Angelegenheit der deutschen Flotte stets gelangt, sobald sie vor das preussische Abgeordnetenhaus gebracht wird. Als vor etwa zwei Jahren das preussische Marine-Ministerium zur Vergrößerung der Seemacht Geldbewilligungen verlangte, wurden dieselben größtentheils abgelehnt und zwar aus drei Gründen; zuerst und hauptsächlich wegen des ausgebrochenen Verfassungs-Conflicts, dann weil kein Flottengründungsplan vorgelegt war, und endlich wegen technischer Bedenken, die im Abgeordnetenhaus gegen die Einzelheiten der vom Marineminister beabsichtigten Schritte erhoben wurden. Den ersten dieser drei Gründe hat Herr Harkort in seinem an uns gerichteten Schreiben stillschweigend völlig fallen lassen; an den beiden anderen hält er fest.

Herr Harkort sagt von sich selbst: „Vom Schiffbau verstehe ich Einiges, allein mit Maschinen-Fabrikation beschäftige ich mich dreißig Jahre lang und bin bis heute auf eigene Kosten den Fortschritten der Marinen Frankreichs, Englands und Nord-Amerikas aufmerksam gefolgt. Wenn von Panzerschiffen und deren Erfordernissen die Rede ist, so bin ich bereit, mit dem Herrn Marineminister und seinem Stellvertreter ein Examen zu bestehen.“ Wir glauben, Herr Harkort hätte den Inhalt dieser Periode in den kurzen Satz zusammenfassen können: „In Marinesachen bin ich ein Dilettant.“ Das ist es genau, was wir ihm zugestehen bereit sind, und was durch die Brochüren, die er über die Flottenfrage veröffentlicht, und die Projecte, die er ausgearbeitet hat, zur Evidenz bewiesen wird. Wir verbinden mit dieser Bezeichnung nicht einen Tadel, sondern ein Lob; es wäre ein unbilliges Verlangen, daß in den bürgerlichen Verhältnissen, in denen Herr Harkort lebt, sich Jemand zum Fachkennner ausbilde; es ist aller Anerkennung werth, wenn er unter so schwierigen Verhältnissen es auch nur bis zur Stufe des Dilettantismus bringt.

Daß auch ein Dilettant seine Erfahrungen und seinen Rath zum Besten giebt, finden wir durchaus in der Ordnung und sind fest überzeugt, daß dadurch unter Umständen nützlich erreicht wird; daß er Uebelstände, welche bestehen, rügt; ist durchaus zu billigen. Allein es giebt einen Punkt, an welchem der Dilettantismus gefährlich wird. Wenn er sich nicht darauf beschränkt, Rath zu ertheilen und Kritik zu üben, sondern sich zur Autorität erhebt, und jeden Schritt hindert, mit dem er nicht einverstanden ist, so hört er auf, das Gute zu fördern; er hemmt es. Zwischen dem preussischen Marine-Ministerium einerseits und den Herren Kerst und Harkort andererseits besteht eine Meinungsverschiedenheit über die Brauchbarkeit von Panzerschiffen. Gut; das ganze Volk wird es den Herren Kerst und Harkort danken, wenn

sie ihre Einsichten und Kenntnisse dazu verwenden, die Beamten des preussischen Marineministeriums zu belehren, und soweit es thunlich ist, zu überzeugen. Mißlingt ihnen dies, und sie hindern jetzt das Gute, weil das ihrer Ansicht nach Bessere nicht erreicht werden kann, so wirken sie offenbar nachtheilig. Eine solche Verwerthung dilettantischer Kenntnisse ist auch ein „Uebelstand, bei welchem die Nütze nicht fehlen darf.“

Herr Harkort tadelt den Mangel eines Marine-Ministeriums, den Mangel an qualificirten Matrosen und Seeoffizieren, an geeigneten Häfen, Drydocks und Werften. Zum großen Theile ist dieser Tadel zweifellos begründet, allein konnte verständiger Weise erwartet werden, daß durch die Verweigerung einer Geldbewilligung für Panzerschiffe irgend einer jener Uebelstände gehoben werden würde? Daß es während des letzten Feldzuges an Kriegsschiffen gefehlt hat, hat schwere Opfer an Menschen und Gütern gekostet, die zum großen Theile hätten vermieden werden können, wenn vor 2 Jahren die Forderungen des Ministeriums bewilligt worden wären. Selbst wenn die neugebauten Schiffe nicht allen Anforderungen der neueren Zeit entsprochen hätten, würden sie manchen Schaden haben abwenden können. Von einer Volksvertretung ist so viel Resignation zu erwarten, daß sie sich nicht in eine Versammlung von Technikern verwandle. Ob der Boden von Jasmund, ob ein Etablissement an der Jade, der Oder oder Weichsel ein geeigneter Kriegshafen sei, ob Holz- oder Panzerschiffe oder Monitors, ob Dampf- oder Segelschiffe, das sind Fragen, über welche geeignete Abgeordnete immerhin eine Meinung aussprechen und so auf die Verwaltung zu wirken versuchen mögen, die aber nicht durch den Beschluß einer parlamentarischen Körperschaft endgültig entschieden werden dürfen, wenn nicht das ganze Werk in das Stocken gerathen soll. Nach welchen Ansichten mit dem Bau von Schiffen begonnen werden möge, nach denen des Herrn v. Noon oder denen des Herrn Harkort, wir sind fest überzeugt, daß auch die deutsche Flotte das Schicksal theilen wird, in das Wasser gehen zu müssen, bevor sie schwimmen kann, und daß wir erst durch Erfahrungen, die zweifellos mitunter kostspielig sein werden, lernen können, was uns frommt. Es kommt nicht darauf an, daß das Beste geschehe, sobald sämtliche Kenner und Dilettanten sich darüber geeinigt haben, was das Beste sei, sondern, daß etwas Gutes sobald als möglich geschehe. Ein neues Unternehmen, welches der bürokratischen Behandlungsweise in so hohem Grade widerstrebt, wie eine Flotte, nach einem Gründungsplane in das Leben rufen, scheint uns ein hoffnungsloses Unternehmen.

Herr Harkort macht zum Schlusse seines Schreibens geltend, daß auch die Hanseaten Schuld daran trügen; daß die Last auf Preußens Schultern liegen geblieben sei. Wenn ihm der Gang der Verhandlungen genau bekannt wäre, würde er wissen, daß von Seiten der Hansestädte, insbesondere Bremens, das Mögliche geschehen ist, um eine allen Interessen entsprechende Convention herbeizuführen. Wir wollen die Details nicht erörtern, es kam uns nicht darauf an, durch historische Rückblicke Bitterkeit hervorzurufen, sondern Thaten von der Zukunft zu verlangen. Die Bewohner des Küstenstrichs können und werden nach den Erfahrungen dieses Sommers die Flottenfrage nicht wieder ruhen lassen, und auf ihre Sympathien darf Jeder rechnen, der in dieser Frage Etwas thut.

Berlin, 31. August.

— Die österreichisch-preussische Allianz ist und bleibt das Thema, das hier wie kaum ein anderes auf das lebhafteste discutirt wird und wenn es auch die allerverschiedenste Beantwortung findet, so mehren sich doch die Anzeichen, daß die Fortsetzung des Bündnisses um Dinge erkauft werden müßte, die nichts mit der schleswig-holsteinischen, nichts mit der Bundesreformfrage und nichts mit dem Provisorium zu thun haben. Gerade weil auf handelspolitischem Gebiet die Concessionen an Oesterreich geschehen sollen, so kann eine definitive Verständigung der beiden Cabinette nicht erfolgen. Graf Rechberg hat das mit schätzenswerther Offenheit selbst ausgesprochen und die nur auf nebensächliche Anerbietungen abzielenden Erklärungen Preußens sind ebenfalls so deutlich wie möglich gehalten. Auf der Wiener Conferenz werden, wie man annimmt, die beiden Cabinette streng zusammenhalten, denn nachdem die dänisch-deutsche Frage ihrem Abschluß ganz nahe ist, so hieße es die greifbarsten Interessen im Stich lassen, sollte der Friedenstractat nicht im Sinne der Präliminarien zu Stande kommen. Die materiellen Fragen wurden in Wien nur aufgeworfen, weil das gegenseitige Bestreben vorlag, das Bündniß der beiden Großmächte über die schleswig-holsteinische Action hinaus verlängert zu sehen. Es war nichts natürlicher, als daß sofort die alten Gegensätze in ihrer ganzen Schärfe hervortraten, Gegensätze, die nicht Graf Rechberg und der Minister v. Bismarck geschaffen haben, die durch die Natur der beiden Staaten bedingt sind.

— Es fällt hier sehr auf, daß der Großherzog von Oldenburg die Begründung seiner Erbansprüche nicht schon längst eingereicht hat. Bis dahin ist der Bund außer Stande, die Augustenburgischen Ansprüche zu prüfen, es verzögert sich also eine Sache, die, wie die Dinge liegen, doch nun einmal zu den wichtigsten des Tages gehört. Da das Wiener Cabinet von keinem Interim wissen will, sondern am liebsten so rasch wie möglich die ganze deutsch-dänische Streitfrage zum Austrag gebracht wünscht, so dürfte, wie wir hören, der Großherzog Peter in nicht langer Zeit zur Beschleunigung aufgefordert werden.

— Unterm 29. v. M. schreibt die „Gen.-Korr.“ aus Wien: Heute findet die dritte Zusammenkunft der österreichisch-preussischen mit dem k. dänischen Bevollmächtigten noch nicht statt, und zwar scheint der Grund einer kurzen Verzögerung in dem Umstande zu liegen, daß dänischerseits die Ausarbeitung von Schriftstücken, welche zur Vorlage für die Konferenz bestimmt sind, noch nicht zu Ende gebracht ist.

— Die „Zeidl. Corr.“ vom 30. d. sagt: „Es liegt keineswegs die Absicht vor, wegen des Budgets von 1864 noch einmal mit dem Abgeordnetenhaufe zu verhandeln. Unter gegenwärtigen Umständen, wo sich täglich der Beweis wiederholt, daß die Regierung nur trotz der Kammermajorität, nicht mit ihr große Thaten verrichten könne, wäre die vorzeitige Versammlung des Landtags nichts weiter, als die leicht entbehrliche Wiederholung einer Probe, deren Ergebnis ja aus früheren Erfahrungen bereits hinlänglich feststeht. Die Regierung handelt und bringt hierdurch eine gesündere Stimme im Volke hervor.“

— Die Königin von England hat der Kronprinzessin wieder ihren Leibarzt gesandt, damit dieser bei der Entbindung in der Nähe sei. — Dr. Voccock, der am 27. von London mit seiner Gattin hier eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen ist, wird erst in einigen Tagen Wohnung im Neuen Palais zu Potsdam nehmen. Gestern wurde derselbe von der Kronprinzessin empfangen.

— Der Korvetten-Kapitän Vatsch, bisher Adjutant beim Oberkommando der Marine, welcher zum Kommandanten der „Victoria“ ernannt ist, hat sich heute früh zur Uebernahme dieses Postens nach Bremerhafen begeben. Die Besatzung dieses Schiffes, aus etwa 10 Offizieren und 230 Mann bestehend, sowie die Ausrüstungsgegenstände trafen heute Mittag auf dem Niederschlesischen Bahnhofe per Extrazug von Danzig hier ein und wurden sofort über die Verbindungsbahn nach Bremerhafen weiter befördert.

— Einer Mittheilung der „Kiel. Ztg.“ zufolge wurde die Leiche des Professors an der Universität zu Berlin, v. Bärnsprung, welcher sich seit einiger Zeit geisteskrank in Hornheim bei Kiel aufhielt, am 26. in Kiel bei der sogenannten Schloßstiege aus dem Wasser gezogen.

Stettin, 30. August. Gestern bivouakirte ein Theil der Truppen hinter Warsow. Das heutige Manöver wird unter Leitung des Kronprinzen stattfinden. Gegen Mittag kehrt der Prinz zurück und hat die gestern aus Schleswig angekommenen Pionier-Offiziere, so wie den mit dem Verdienstkreuz

decorirten Pionier Niezner zur Tafel befohlen. Bei dieser Gelegenheit fragte der Kronprinz ihn, er sei doch wohl ein „alter Soldat“, worauf einer seiner Vorgesetzten, für ihn das Wort ergreifend, sich äußerte, alt sei er wohl, auch ein tüchtiger Soldat, aber ein „alter Soldat“ sei er doch nicht, da er erst kürzlich eingetreten. Niezner ist nämlich trotz seiner 27 Jahre und seiner soldatischen Tapferkeit nicht viel mehr als Rekrut und liefert so einen schlagenden Beweis, daß die dreijährige Dienstzeit zur Tapferkeit nicht unbedingt nothwendig ist. Als der Kronprinz ihn fragte, weshalb er erst so spät Soldat geworden, antwortete er, daß er keine Lust zum Militärstande gehabt habe und sich so lange als möglich davon fern gehalten. M. ist Pommer und seines Gewerbes ein Seefahrer. Er wurde auf der Brust und am Arme verwundet. — Ein hiesiger Brauereibesitzer und ein Schlächtermeister haben mehrere Tonnen Bier zur Verfügung der in Schleswig gewesenen Pontonier-Compagnie gestellt, die heute Nachmittag im früheren Casernement der Compagnie, im sogenannten Sack'schen Garten, getrunken werden sollen. Um 5 Uhr Nachmittag reist der Kronprinz nach Stralsund ab. Die Truppen haben morgen Ruhetag. (Ober-Ztg.)

— Von Stralsund aus wird, vorausgesetzt, daß eine genügende Anzahl Teilnehmer sich findet, am Freitag, den 2. September Morgens, mit dem Dampfschiff „Rügen“ eine Extrafahrt nach Kiel, Alsen und Düppel unternommen werden. Die Rückfahrt würde am Montag den 5. September erfolgen. Das Passagiergeld beträgt 8 Thlr. Anmeldungen werden hier bei Herrmann Schulze entgegen genommen, woselbst auch am Donnerstag Morgen zu erfahren, ob die Fahrt wirklich stattfindet. — Die regelmäßigen Fahrten des „Rügen“ zwischen hier, Swinemünde, Putbus und Stralsund werden mit dem 7. September wieder aufgenommen.

Breslau, 30. August. Heute Mittag gegen 12 Uhr brach auf der Neuen Taschenstraße am Centralbahnhofe in der Rehors'schen Möbel-Fabrik und zwar im zweiten Stock des südlichen Theiles, wo sich die Werkstätten und Maschinen befinden, Feuer aus, das binnen kurzer Zeit eine solche Ausdehnung erreichte, daß der herbeieilenden Feuerwehr nichts übrig blieb, als die anstoßenden Baulichkeiten, worin sich sowohl fertige Möbel als Holzvorräthe befanden, vor den Flammen zu schützen. Am schwersten werden von dem Unglück gegen 180 Gesellen und über 200 Arbeiter betroffen, welche jetzt plötzlich außer Beschäftigung gesetzt sind.

Hamburg, 29. August. In der heutigen „Reform“ liest man: Der „Hamb. Korrespondent“, das älteste Blatt unserer Vaterstadt, ist, äußerem Vernehmen nach, an eine Aktiengesellschaft für 100,000 Mkr. Vco. verkauft. An der Spitze dieser Gesellschaft stehen, wie es heißt, Dr. Schramm (Notar) und Dr. Abendroth (Rentier) und die Aktien sind zu 500 Mkr. Vco. ausgegeben. Die Tendenz des Blattes soll eine strenge konservative bleiben und Dr. Kuntel, der langjährige Redakteur des einst so viel gelesenen Organs, behält auch hinführo dessen Leitung. Die früher in vielen Tausenden bestehende Abonnentenzahl des „Hamb. Korrespondent“, ist bei seiner konservativen Richtung im Laufe der Zeit trotz des großen publicistischen Talents Dr. Kuntel's in seiner hervorragenden Gelehrtheit auf wenige Hundert zusammengeschrunpft, während andere neu gegründete liberalen Blätter der großen Handelsstadt Tausende von Abonnenten gewonnen haben.

Bielefeld, 23. August. Gestern kehrten die entlassenen Landwehrmänner des hiesigen Bataillons von Schleswig zurück. Dieselben wurden von einer ungeheuren, nach tausenden zählenden Volksmenge am hiesigen Bahnhofe jubelnd empfangen und sodann mit Musik in die mit deutschen und preussischen Flaggen aufs festlichste geschmückte Stadt geleitet. Unsere braven Landwehrmänner, denen sich auf Einladung auch die bereits gestern zur Entlassung hier eingetroffenen Wehrmänner des 53. Regiments angeschlossen, wurden beim Einzuge in die Stadt mit Jubel empfangen, mit Kränzen und Blumen überschüttet.

Frankfurt, 28. August. Am vergangenen Donnerstag ist ein Courier aus Kiel dahier eingetroffen, welcher Herrn v. Mohl eine Chatouille mit Documenten überbrachte, durch welche der Herzog Friedrich von Augustenburg, der Aufforderung des Bundestags entsprechend, die Nachweise für die Begründung seiner Rechtsansprüche auf die Herzogthümer zu liefern hofft. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Anzeige von dem Eintreffen dieser Actenstücke, sowie des bezüglichen Begleitschreibens, welches Herr von Mohl vorgestern an den Präsidial-Gesandten übergeben hat, schon in der nächsten Bundestagsitzung erstattet werden. Daß aber die

Angelegenheit von den Ausschüssen in Verhandlung genommen wird, ist darum weniger glaubhaft, weil diese wohl erst das Eintreffen auch der oldenburgischen Rechtsbegründung abwarten werden, von der bis zur Stunde weiter nichts verlautet, als daß sich dieselbe keineswegs auf nova stütze. Der Entwurf der augustenburgischen Begründungsschrift über den unlängst die „Kreuzzeitung“ eine Notiz brachte, scheint von dem Herzog gänzlich fallen gelassen, wenigstens verlautet, daß die eben eingetroffene Schrift selbst nach Form und Inhalt gänzlich umgearbeitet sei. Als Verfasser bezeichnet man die Herren Professoren Henle, Warnstedt und Samwer.

München, 27. August. Der König von Preußen ist heute Mittag hier durch nach Hohenschwangau gereist. Daß dieser Besuch bei unserm jungen König hier vielfach gedeutet wird, läßt sich leicht denken, zumal er ganz unerwartet kommt. Bis in den letzten Tagen wenigstens hatte in weiteren Kreisen nichts davon verlautet und ich glaube kaum fehl zu gehen, wenn ich annehme, daß man auch in den engeren, höheren Kreisen so ziemlich bis zum nämlichen Zeitpunkt keine Ahnung davon hatte. Der Entschluß zu diesem Abstecher soll denn in der That auch erst in den letzten Tagen des Aufenthalts des Königs in Wien gefaßt worden sein. In den hiesigen Regierungskreisen fühlt man sich, wie die Sprache der „Bairischen Zeitung“ verräth, davon angenehm berührt und knüpft daran die Hoffnung, daß sich die Behebung der in Folge der handelspolitischen und der schleswig-holsteinischen Frage zwischen den beiderseitigen Höfen entstandenen Spannung anbahnen lassen möchte. Ob Das jedoch zu erreichen ist, wenn die bairische Regierung sich nicht mit dem Gedanken befreundet will, der allein nachgebende Theil zu sein — daran dürfte mit Recht zu zweifeln sein. Mit dem Besuch des Königs Wilhelm in Hohenschwangau wird wohl beabsichtigt, die Regierungen der kleineren Staaten und vor Allem die am meisten schmollende Regierung von Baiern wieder zu versöhnen, damit die Wiener Abmachungen ohne den unliebsamen Gelat größeren oder geringeren Widerspruchs auch die Zustimmung des Bundes erhalten.

Kotales und Provinzielles.

Danzig, den 1. September.

[Stadt-Verordneten-Sitzung am 30. August.]

(Fortsetzung.)

Hinsichtlich des Anfanges der Gesamt-Straßenreinigung, welche nach den Entwürfen sowohl des Magistrats wie des Herrn Steimmig umfaßt:

1. das Fegen des ganzen Terrains der Stadt;
2. das Reinigen der Trummen und Canäle;
3. das Abräumen des Schnees und Eises;
4. das Aufreissen und Zimganghalten der Brunnen und öffentlichen Entwässerungsanstalten;
5. die Abfuhr sämmtlicher auf diese Weise zusammengebrachter Stoffe, so wie auch des Hausabfalls, wurden nur zu Punkt 3, betreffend das Abräumen des Schnees und Eises, abweichende und entgegenstehende Ansichten laut. Es wurde dagegen Folgendes geltend gemacht:

a. Im Interesse des Verkehrs der sog. Höhe, wo der Winter und darauf die Schlittenbahn nicht selten um Wochen länger dauere, als in der Stadt selbst, sei es nothwendig, in Danzig einen allerdings höchst unangenehmen Zustand der Straßen, bei dem doch der Verkehr mittelst Schlitten immerhin noch möglich sei, länger zu ertragen, als in der Stadt nöthig sei, die sich mit ihrer Umgegend in gleicher Höhenlage befindet.

Dem würde unter Anerkennung der Richtigkeit dieser Verhältnisse entgegen, daß einerseits die hier bezeichneten Verkehrserschwerungen sich den von der Höhe kommenden Schlitten keineswegs erst in Danzig, sondern meistens theils weit davon, z. B. in Schwibitz, Dyra u. s. w. entgegenstellen; daß aber andererseits eine organisirte Sorge für die Unterhaltung der Verkehrsstraßen, z. B. an der Reibbahn, in der Hundegasse u. s. w. in eben derselben Weise einen fahrbaren Schlittenweg zu unterhalten, wie dies schon jetzt zeitweise unter dem hohen Thor geschehe. Es werde daher der beabsichtigte Modus der Befreiung der Straßen wesentlich zur Erleichterung der Communication beitragen.

b. Die polizeiliche Praxis habe in Danzig eine gleichzeitige Aufsehung in der ganzen Stadt eingeführt. Diese könne wohl in's Werk gerichtet werden, wenn jedem einzelnen Privatmann es obliege, die hierzu erforderlichen Arbeitskräfte sich zu schaffen, als welche denn oft Kräfte verwendet werden, die sich jeder Organisation entziehen würden, z. B. zahlreiche Jungen mit kleinen handschultrigen. Zudem ständen vielen Privaten Subjekte in ihrem Dienstpersonal und in eigenem Subjektwerk allezeit zur Disposition, und diese seien ebenfalls aus, sobald die Communalverwaltung diese Arbeit übernehme. Es würde einem noch so großen Institute, da es eben die bezeichneten Kräfte sich nicht dienstbar machen könne, nicht möglich sein, dem Verlangen der Polizei nach gleichzeitiger Aufsehung in der ganzen Stadt nachzukommen.

Dem wurde Folgendes entgegengestellt: Es werde nach organisirter Reinigung der Straßen die Gesamt-

masse der Arbeit bei eintretendem Bauwetter geringer sein, als gegenwärtig, weil der nach beliebiger Unstille von den Dachern auf die Straße geworfene Schnee eben so wie der in den Winkeln der Beischläge und Gebäude angehäufte Schnee bei geregelter Reinigung schon früher weggeschafft werden würde. — Das Bedenken, daß die Polizei auf eine gleichzeitige Aufeisung in der ganzen Stadt dringen werde, treffe nicht zu, sobald, was in der Hand der Commune leicht ausführbar sei, je nach der Wichtigkeit der Straßen eine systematische Freimachung von Schnee und Eis stattfinden werden, worauf die Polizei, so lange als die Privaten die Aufeisung zu besorgen hätten, selbstverständlich nicht rechnen könnte. — Demnach werde in Zukunft das gesammte Arbeitsquantum sowohl zeitlich getheilt als systematisch geordnet ausgeführt, und daher nicht so große Zahl von Arbeitkräften auf einmal nicht erforderlich werden, als sie jetzt bei schließlich gleichzeitiger Aufeisung der ganzen Stadt notwendig wäre.

c) Es müsse befürchtet werden, daß die Polizei der einseitigen Commune gegenüber mit einer viel größeren Rücksichtslosigkeit vorgehen könne, als dies den zahlreichen Privaten gegenüber möglich sei und daß in Folge davon als in dem Project vorgesehen sei.

Darauf wurde geantwortet, daß die hiesige Polizei sich durch ihren gegenwärtigen Chef mit dem Plane im Allgemeinen bereits einverstanden erklärt habe, und daß sie schon als eine Verbesserung betrachtet werde, wenn überhaupt Ordnung in die Angelegenheit gebracht würde. Zudem könne nicht vorausgesetzt werden, daß Seitens der Polizei Unbilliges und Unerreichbares verlangt werden würde, sobald sie sehe, daß das Mögliche nach Kräften ausgeführt würde. Schließlich aber sei

d) der Zustand unserer Straßen im Winter geradezu für die Erhaltung gesunder Gliedmaßen gefährdend, und für eine bessere Beheizung und geordnete Abfuhr Sorge getragen werde.

Bei der nun erfolgenden Abstimmung über jeden einzelnen der fünf Punkte wurde jeder, und über das Ganze wurde das Ganze mit 4 gegen 3 Stimmen angenommen.

Der Ausschuss ging zur Erörterung der Frage über, wie es sich mit der eventuellen Combination des Straßenreinigungsinstituts mit dem der Feuerwehr und der Schutzmannschaft verhalten würde.

Eine solche Combination wurde von der einen Seite eben so unsittlich, wie von der andern Seite für unbedenklich und vorteilhaft gehalten.

Bei der erfolgenden Abstimmung über die Frage, ob das Institut der Straßenreinigung mit

a) der Feuerwehr,
b) der Schutzmannschaft

zu verbinden sei, wurden beide Fragen mit 4 gegen 3 Stimmen verneint.

Demnächst verhandelte der Ausschuss über den in der Magistratsvorlage angegebenen Arbeitsplan, wonach die Stadt in 4 Linien getheilt werden soll. Von einer Seite wurde es nicht genügend erachtet, wenn ein Theil der Straßen nur 1, 2 und selbst 3 Mal wöchentlich geegnet würde; man solle überall mindestens eine Amalige dagegen einreten lassen. Von der andern Seite wurde ebenfalls angeführt, daß die Ausführung des Projectes werde, als der gegenwärtige ist, wo es an vielen Orten nicht möglich sei, bei dem Ausladen mit Hand anzulegen. Von der andern Seite wurde die Frage angeregt, ob es nicht zweckentsprechender sei, statt der großen und schweren zweispännigen Wagen zweirädrige einspännige Karren für die Abfuhr zu verwenden.

Der Ausschuss entschied sich mit 5 gegen 2 Stimmen für die Empfehlung des Karrensystems zur Abfuhr des Haus- und Straßenschmutzes.

Dagegen glaubte der Ausschuss die Abfuhr des Trummers bei den vierrädrigen Karren vollständig viel leichter zu müssen, obgleich unzweifelhaft die Karren es sei zu berücksichtigen, daß die halbflüssige Masse des Trummers durch Uebergeschwappen aus den kurzen Karrenkästen herausgeschleudert werden würde; außerdem würden die Pferde durch die stets sich ändernde Lage des Schwerpunktes in der hin und her fluctuirenden Masse in sehr hohem Grade angestrengt werden.

Nach mehrheitlichen Mittheilungen haben sich die jetzt in Preßlau angewendeten zweirädrigen Karren als sehr zweckentsprechend erwiesen. Es wurde für nicht unwahrscheinlich gehalten, daß die Stadt sich bald in der Nothwendigkeit befinden wird, das Abfuhrwesen selbst in die Hand zu nehmen, da es zur Zeit noch sehr fraglich erscheint, ob bei eventuellem Ausgebote Offerten gemacht werden.

In Betreff der nun noch übrigen Punkte der Magistratsvorlage, nämlich der Berechnung der Fuhrten, des des Corps, des Betriebsplanes, der Ebnung, Bekleidung und Ausrüstung treten keine Bedenken hervor, und acceptirte der Ausschuss überall die Vorlage.

Der Ausschuss trat nun in Berathung über das von Herrn Steimmig am 28. Juni c. gemachte Aufgeßell ein. Dasselbe lautet:

„Von unserm Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwalt Köppl aufgefodert, den bisherigen Beschlüssen des Ausschusses gemäß, ein Aufgeßell der Kosten zu machen, die durch eine verbesserte Straßenreinigung mittels eines Communal-Instituts erwachsen würden, habe ich nachstehenden Etat für dasselbe zusammengestellt und dabei folgende Richtschnur angenommen:

1) Es wird die Aufgabe des neuen Instituts: das Fegen des ganzen Terrains der Stadt, das Reinigen der Trummen, Abräumung des Schnees und Eises, Aufeisen und Zuganghalten der Brunnen, die Entfernung sämtlicher auf diese Weise zusammengebrachter Stoffe, so wie des Hausmülls hergestellt.

Es soll ferner dies Programm erfüllt werden ohne Zuziehung der Feuerwehr oder Schutzmannschaft.

2) Als Fundamentalkosten für Leistungen der Arbeiter und Gespanne, so wie für das zu schaffende Arbeitsquantum werden diejenigen angenommen, welche die früheren Commissionen ermittelt haben.

3) Der Etat wird derartig zusammengestellt, daß die Kosten für Abfuhr, für Fegen und für Abräumen und Fortschaffen des Eises und Schnees gesondert zu übersehen sind.

A. Die Kosten der Abfuhr.

1) Für die Abfuhr habe ich zweispännige Wagen zu 64 Cubikfuß angenommen.

2) Für die Beaufsichtigung des Ganzen ist ein Inspector angenommen, unter dem für das Abfuhrwesen zwei Aufseher stehen. Soll das Fegen durch die Commune ebenfalls erfolgen, so wird er noch durch einen dritten Aufseher und einen Schirmeister unterstützt.

3) Außer den 14 Kutschern werden in den Abfuhr-
Etat aufgenommen:

6 Auflader, da stets 6 Wagen beim Ausladen und 6 beim Abfahren sind, 6 Knaben, um während des Ausladens die Pferde zu führen und den Kutschern die Arbeit zu ermöglichen, 4 Arbeiter bei den Trummenwagen. Ferner 6 Arbeiter, welche jezt das Fegen der öffentlichen Plätze beorgen und 4 Ablader auf den öffentlichen Depotalagen.

B. Kosten des Fegens.

1) Bei Wegfall des Dienstes in der Feuerwehr oder Schutzmannschaft ist in den 8 Monaten März bis October eine zehnstündige, in den 4 Monaten November bis Februar eine achtsündige Arbeitszeit angenommen worden. Hierbei genügen nach den Ermittlungen der ersten Commission für das Fegen der Straßen und Plätze außer den schon beim Abfuhrwesen aufgeführten Arbeiter 72 Feger, für exceptionelle Witterungsverhältnisse werden für die 6 Colonnen noch 18 Arbeiter angenommen und ist deren Dienstleistung für 60 Tage (10 Wochen) berechnet.

2) Es ist angenommen, daß die Colonnenführer thätige Arbeiter sind und daß diese Vormänner eine Extravergütung von 3 Thlrn. monatlich erhalten.

3) Die kleinere Zahl der Colonnen ist angenommen, weil nur solches das rasche Zusammenlegen und Ainte Expediren der Fuhrwerke sichert.

4) Die dauernd angestellten Feger erhalten bei zehnstündiger Arbeitszeit 12 Thlr., bei achtsündiger 10 Thlr. monatlich.

5) Sämtliche Arbeiter und Kutscher erhalten nur Arbeitsmittel und Nutzen, aber keine Uniform.

6) Das Depot für die Pferde ist auf dem Stadthofe. (Schluß folgt.)

[Königl. Marine.] In Stelle des Corvette-Kapitain Werner, welcher zur Uebernahme des Kuppelschiffes „Arminius“ kommandirt ist, hat der Capt.-Lieut. Kinderling das Kommando der Corvette „Nympe“ übernommen. Die nach Aufseherstellung der Ruderkanonboot-Divisionen disponible gewordenen gemieteten 3 Bugstr-Dampfer sind an die Eigenthümer zurückgegeben. Die in Kiel vor Anker gegangene Flotte hat Seitens der Bevölkerung laut Privatbriefen einen enthusiastischen und herzlichen Empfang gehabt.

[Theatralisches.] Fr. Bartsch hat für ihre morgen stattfindende Benefiz-Vorstellung 4 Piecen gewählt, welche alle interessant sind, und sich bereits in der Darstellung bewährt haben. — Die geschätzte Beneficiantin selbst spielt einige Rollen, in denen sie Vorzügliches leistet.

— Gestern feierten die Turner der hiesigen Elementar-Schulen, ca. 400, vom schönsten Wetter begünstigt, ihr diesjähriges Turnfest. Von ihrem Turnplatz, „Bastion Kessel“ hinter dem Schützenhausgarten, zogen sie mit Musik und unter Leitung der Turnlehrer Herren Stolz, Schwerdtfeger, Zilonko und Hoffmann hinaus auf die Zäschenthaler Wiese, wo denn auch bald die Turnfreübungen explicirt wurden, deren exacte Ausführung nichts zu wünschen übrig ließ. Herr Stadtschulrath Krehenberg hielt darauf eine längere Ansprache, in welcher er den Zweck und Nutzen der Turnerei besonders hervorhob und aufmunternde Worte in Bezug hierauf an die Kleinen richtete. Es folgte nun eine Prämienvertheilung, in der vierzig der besten Turner bedacht wurden. Hr. Stadtschulrath Dr. Krehenberg brachte schließlich noch ein dreimaliges Hoch auf Seine Majestät den König aus, in das ebenso die Turner, wie das sehr zahlreich versammelte Publikum kräftig einstimmte. — Der Zug bewegte sich bald darauf in schönster Ordnung und unter Abbrengen

von bengalischem Feuer der Stadt zu. Auf dem Heumarkte endlich wurden die Schüler nach Hause entlassen, nachdem noch zuvor Herr Lehrer Hoffmann den Vätern der Stadt, die auch nach dieser Seite hin sich so opferfreudig und liebevoll gezeigt, ein dreimaliges Hoch ausgebracht hatte.

— In Warschau ist gestern eine Staffette aus Zawichost eingegangen, nach welcher dort das Wasser der Weichsel um 6 Fuß gestiegen ist.

— Der ordentliche Lehrer Samland an dem Gymnasium zu Neustadt i. Westpr. ist zum Oberlehrer befördert und dem ordentlichen Lehrer Dr. Thomaszewski an derselben Anstalt das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Osternode. Der landwirthschaftliche Verein des Oesterreicher Kreises veranstaltet am bevorstehenden 1. October d. J. in hiesiger Stadt eine landwirthschaftliche Ausstellung. Nach den bereits zahlreich eingehenden Anmeldungen zu schließen, dürfte das Unternehmen sich eines befriedigenden Gelingens zu erfreuen haben.

Königsberg. Am Dienstage kehrte hier die Reserve des 1. Inf.-Regts. von der polnischen Grenze zurück, um ausgekleidet und in ihre Heimath entlassen zu werden.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.
[Väterliche Strenge.] Der Arbeiter August Eduard Pfeiler, ein noch junger Mensch, der an Arbeitsscheu und Trunksucht leidet und bereits im Jahre 1856 wegen Diebstahls mit 8 Tagen Gefängniß bestraft worden ist, hatte eine Schwester, die eine weitholte Garberobe besaß und vor einiger Zeit im Lazareth verstorben ist. Die hinterlassene Garderobe erbte der Vater der Verstorbenen, ein rblischer Kornmesser, und bewahrte sie in einem Spinde als Andenken. Der arbeitsscheue Sohn warf lüsterne Blicke auf den Inhalt des Spindes und nahm, um seinen Durst nach Brantwein zu stillen, einen Unterrock im Werthe von 4 Thlrn., welchen er auf der Straße für 15 Sgr. verkaufte. Ehe er aber noch diese Summe vertrunken hatte, wurde der Diebstahl entdeckt. Der Vater selber zeigte seinen Sohn beim Gericht an und verlangte die Bestrafung desselben. Dieser befand sich heut vor den Schranken des Criminalgerichts und wurde, da er geständig war und sein Vater das Verlangen aufrecht erhielt, zu einer Gefängnißstrafe von 1 Monat und Stellung unter Polizeiaufsicht auf die Dauer eines Jahres verurtheilt.

Der Polenprozeß.

Berlin, den 29. August.

(Schluß.)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt der Angeklagte, daß ihm allgemein der Wunsch ausgesprochen sei, er möge sich in deutscher Sprache verantworten und er werde dies thun, so weit er es vermöge.

Angeklagter: Es sei einmal die Ansicht gewesen, daß man die Insurgenten auch auf moralische Weise unterstützen, daß man diese Unterstützung mit einem gewissen Zauber umgeben müsse. Deshalb sei man darauf gekommen, die Benennung „Comité“ anzunehmen; er erinnere sich jedoch nicht, irgend eine Schrift im Namen des Comité's gelesen zu haben.

Präsident: Nach der Rückkehr des Grafen Dzialynski sollen Sie nach Paris gereist sein.

Angeklagter: Ich bedaure, daß ich dies nicht zugestanden habe, obwohl ich nicht dorthin gereist bin. Aber ich bin wirklich nicht gereist. Es giebt mehrere Personen meines Namens und deshalb kann sehr leicht eine Verwechslung vorliegen. In der Brieftasche steht nichts von dieser Reise.

Der Angeklagte H. v. Turno, der sich Anfang März 1863 im Auftrage des Comité's der Weichen in Paris aufgehalten, erklärt, obwohl er in einem Briefe von einem Abgesandten des Grafen Dzialynski gesprochen, daß er den Angeklagten Ruzisko in Paris nicht gesehen und ihn auch nicht gemeint habe.

Eine, aus der ersten Hälfte des Monat März datirte Ausgabepost der vom Grafen Dzialynski geführten Comité-Rechnung lautet: „1000 Thlr. an Rus (tefto) zur Reise.“

Der Angeklagte behauptet, daß dies eine Privat-Angelegenheit war, daß er eine Gouvernante des Grafen Dzialynski nach Berlin begleitet und derselben hieselbst die 1000 Thlr. eingehändigt habe.

Auf die Bemerkung des Präsidenten, daß es auffallend erscheine, die 1000 Thlr. in der Brieftasche des Grafen notirt zu sehen, wenn sie nicht für politische Zwecke verwendet worden seien, erklärt der Angeklagte, daß sich vielfache Privatnotizen darin befänden, und daß, wäre das Geld ihm zu politischen Zwecken übergeben, sich doch eine Berechnung der Ausgaben darüber vorfinden müßte. Der Angeklagte bestritt ferner, Mitglied des Comité's gewesen zu sein, ebenso, wie die Anlage behauptet, die Correspondenz von Außen vermittelt zu haben; er bestritt, in irgend betrieft sich darauf, daß sowohl in den Warschauer wie in den Lemberger Papieren sein Name auch nicht ein einziges Mal genannt sei. Er gab zu, im Auftrage des Grafen einige „Bestellungen“ ausgefertigt zu haben, jedoch nur nach einem ihm vorgelegten Schema, und betrieft sich demnach, den Behauptungen der Anlage gegenüber auf Zeugen dafür, daß er bloß mechanisch und als Erpedient gewirkt habe. Er bestritt, daß er dem Grafen unentbehrlich gewesen sei, da kein Mensch unentbehrlich wäre und bestogt sich demnach

lebhaft über das Verfahren, welches bei seiner Verhaftung gegen ihn angewendet worden sei. Er sei, als Ausländer, gewissermaßen als vogelfrei betrachtet worden. 17 Tage habe er im Polizeigebäude ohne Verhör gefessen; demnach sei er vorgeführt worden und auf seine Beschwerde habe die Polizei ihm erwidert, daß das Verfahren gegen ihn allerdings nicht ganz legal sei, daß man mit einem preussischen Unterthan nicht so verfahren sein würde, daß mit einem Ausländer aber die Sache anders wäre. In Folge dessen habe er sich denn auch veranlaßt gesehen in der Voruntersuchung sich über nichts zu erklären, sich dies vielmehr vorzubehalten bis zu der Zeit, wo er vor dem Richter stehen werde.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Janedki wies darauf hin, daß diese Erklärung von Wichtigkeit sei, weil dem Angeklagten sein Verhalten in der Voruntersuchung von der Anklage zum Vorwurf gemacht worden sei. Der Angeklagte habe 14 Tage lang in einer Haft gefessen, welche man „Beraubung der persönlichen Freiheit“, oder „Mißbrauch der Amtsgewalt“ nennen könne. Es sei zwar behauptet, daß die Habeascorpus-Akte auf Ausländer keine Anwendung finden könne, doch halten wir diese Behauptung für falsch. Dem Angeklagten sei, obwohl er nur zuerst als Zeuge verhaftet gewesen, dennoch die Unterredung mit seinem Verteidiger nicht gestattet worden.

Präsident: Die Anklage meint, daß der Angeklagte mehr als ein vertrauter Freund des Grafen Dzialynski, wie als dessen Diener zu betrachten sei.

Angeklagter: In einer so delikaten Angelegenheit konnte er gegen den Mann, der so gut gegen ihn war und dessen Brod er gegessen habe, nicht anders auftreten, als er aufgetreten sei.

Präsident: Man habe daraus, daß der Angeklagte Alles leugnete, den Verdacht gegen ihn gezogen.

Rechtsanwalt Janedki: Die Bestimmung des Gesetzes sei nicht so unbedenklich. Es heiße: „Jedermann im Staate ist verpflichtet, Zeugniß abzulegen.“ Es frage sich, ob diese Bestimmung auch auf Ausländer anzuwenden sei. Uebrigens sei der Graf Dzialynski ein so kalter und zurückhaltender Mann gewesen, daß man es bezweifeln müsse, daß er den Angeklagten zu seinem Vertrauten gemacht habe.

Präsident: Darüber ob ein Ausländer als Zeuge vernommen werden könne oder nicht, sei jetzt nicht zu streiten.

Angeklagter: Er sei auch noch jetzt der Ueberzeugung, daß ein Ausländer in Preußen nicht zur Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten angehalten werden könne.

Nach Beendigung der Vernehmung formulirte der Verteidiger Rechtsanwalt Janedki mehrere Beweisansprüche und bevor der Gerichtshof über dieselben in Betrachtung trat, erbat sich der Angeklagte noch einmal das Wort zu folgender Bemerkung: Nachdem er, wie er glaube, seine Unschuld, hinsichtlich der ihm zur Last gelegten Verbrechen klar dargethan habe, sehe er sich genöthigt, das Wort in einer persönlichen Angelegenheit zu ergreifen. Die Staatsanwaltschaft habe, er wisse nicht aus welchem Grunde, seine Ehre, seine Würde angegriffen. Nicht genug, daß er auf Grund leerer Verdächtigungen eingekerkert sei, nicht genug, daß er 16 Monate seiner Freiheit beraubt sei, es müsse die Staatsanwaltschaft auch noch aufreten, um seinen Namen mit Schmach zu bedecken, indem sie behauptet, daß er ein Schmeichler gräßlicher Eitelkeit sei. Seine Schriften und Briefe seien dem hohen Gerichtshof vorgelesen worden; sei es möglich daraus Veranlassung zu einer solchen Aussprache zu nehmen? Was habe also die Staatsanwaltschaft veranlassen können, einen ihr unbekanntem Mann, der nichts als seinen ehrlichen Namen besitze, zu verläumdern?

Der Präsident rügt diesen letzten Ausdruck.

Angeklagter: Die Staatsanwaltschaft werde zugeben müssen, daß, wenn er den Weg des Schmeichlers gegangen wäre, er gegenwärtig nicht auf der Anklagebank säße. Er könne nicht annehmen, daß eine solche Beurtheilung der Sache durch Leichtsinns geschehen sei, er müsse vielmehr annehmen, daß sie in Mangel gewissenhafter Beurtheilung ihren Grund habe.

Demnach berieht der Gerichtshof über die Anträge des Verteidigers, von denen nur zwei als begründet erachtet wurden. Nach Verkündung des Beschlusses des Gerichtshofes wurde die Sitzung um 3½ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Dienstag 9 Uhr.

Berlin, den 30. August.

Präsident Büchtemann eröffnet die Sitzung nach 9 Uhr und läßt zunächst einige Uebersetzungen von gestern verlesenen Schriftstücken vorlesen. Es wird demnach der frühere Polizei-Direktor jetzige Bürgermeister a. D. Vorcheit vernommen, der bei der Hausdurchsuchung im Palais des Grafen Dzialynski mitthätig gewesen. Derselbe giebt Auskunft über verschiedene vorgedruckte Papiere, Bücher etc. und durch seine Vernehmung stellt sich heraus, daß eine direkte Verbindung zwischen dem Zimmer des Angeklagten Rusteiko und des Grafen Dzialynski nicht bestanden habe, und daß eine, vom Angeklagten eingereichte Zeichnung richtig ist. Damit ist die Vernehmung des Angeklagten Rusteiko beendet.

Es folgt der Angeklagte Wladislaus Smisniewicz. Der Angeklagte ist 1838 in Schroda geboren und Sohn eines Ackerbürgers dafelbst; er hat in Breslau Naturwissenschaften studirt. Der Angeklagte wird beschuldigt im Februar v. J. die Besorgung der revolutionären Agentur in Berlin übernommen zu haben. Der Angeklagte bestreitet dies, und erklärt, daß ein, bei seiner Verhaftung vorgefundener Zettel, in welchem der flüchtige Lukasjewski den Vorzeiger des Zettels als seinen Stellvertreter bezeichnet, für ihn nicht bestimmt gewesen sei. Der Angeklagte ist im Besitze bedeutender Geldmittel gewesen und giebt an, daß er das Geld in Polen als Unterstützung zur Vollendung seiner Studien erhalten habe. In den Besitz des Zettels sei er nur zufällig gekommen. Der Angeklagte hat einen an Lukasjewski adressirten Brief, mit einem Wechsel beschwert, eröffnet und erklärt, daß das vielleicht aus Versehen, vielleicht auch aus dem Grunde geschehen sei, weil er sich als Freund des Lukasjewski dazu berech-

tigt glaubte. Er habe von dem in Berlin bestandenem Verein der polnischen Jugend keine Kenntniß gehabt, und sich in keiner Weise an den politischen Bewegungen betheiliget. Als Agent in Berlin hätte er nicht fungiren können, da er hier gänzlich fremd war.

Als Zeugen wurden vernommen: 1) die unberechlichte Bertha Schröder, und 2) deren früheres Dienstmädchen Henriette Wobig. Lukasjewski hat bei der Schröder gewohnt und beide Zeuginnen bekunden, daß der Angeklagte Smisniewicz nach der Abreise des Lukasjewski gekommen sei, und daß Lukasjewski denselben als seinen Stellvertreter bezeichnet habe. Smisniewicz habe nicht dort gewohnt, sei vielmehr nur bei Tage nach der Wohnung gekommen.

Nach Beendigung der Beweisaufnahme führt der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt v. Eisecki, aus, daß gegen seinen Klienten nicht das Geringste erwiesen sei, und knüpft daran den Antrag, auf sofortige Freilassung desselben. Er bietet Bürgschaft dafür, daß der Angeklagte sich auf Erfordern zu den weiteren Verhandlungen einfinden werde.

Der Ober-Staatsanwalt A. D. l. erkennt an, daß er nicht in der Lage sein werde, die Anklage gegen Smisniewicz aufrecht zu erhalten, und schließt sich deshalb im Interesse des Angeklagten dem Antrage auf Freilassung desselben an.

Einen gleichen Antrag stellt der Rechtsanwalt Janedki im Interesse des Angeklagten Rusteiko. Diesem Antrage widerspricht der Ober-Staatsanwalt. Es tritt die Mittagspause ein, mit welcher zugleich die Beratung des Gerichtshofes über die gestellten Anträge verbunden wird.

(Fortsetzung folgt.)

Schiffahrt im Hafen zu Neufahrwasser pro Monat August 1864.

| | |
|----------------------------|-----------------------|
| Eingek.: Segelsch. 380 | Abgef.: Segelsch. 262 |
| do. Dampfsch. 25 | do. Dampfsch. 27 |
| Summa 405 Sch. | Summa 289 Sch. |
| Davon kamen aus: | Davon gingen nach: |
| 135 dänischen Häfen | 27 |
| 93 preussischen | 14 |
| 82 englischen | 150 |
| 30 schwed. u. norwegischen | 29 |
| 24 holländischen | 39 |
| 13 lübeckischen | — |
| 7 russischen | 2 |
| 6 hamburgischen | — |
| 5 hannoverschen | 4 |
| 4 französischen | 10 |
| 3 mecklenburgischen | — |
| 2 oldenburgischen | 2 |
| 1 bremischen | 8 |
| — belgischen | 2 |
| — spanischen | 2 |
| 405 | 289 |

Von den eingekommenen Schiffen hatten geladen: Ballast 247, Steinkohlen 55, Kalksteine 18, Heeringe 13, Gypssteine, Stückgüter je 12, Roggen 10, Alt Eisen 7, Steinkohlen u. Coak 4, Schlemmkreide, Holz je 3, Steinkohlen u. Schleifsteine, Getreide je 2, Ballast und Kugeln, Ballast u. Rindvieh, Ballast u. Mobilien, Coak u. Mauersteine, Salz, Eisen, Robeisen u. Theer, Altes Eisen u. Ballast, Stückgüter u. Roggen, Stückgüter u. Mauersteine, Dachpflannen, Cement, Schiefer, Kalk, Holz u. Theer, Guano und Rübsaat je 1 Schiff.

Von den abgegangenen Schiffen hatten geladen: Holz 91, Roggen 83, Weizen 62, verschied. Getreide 18, Erbsen 5, verschied. Getreide u. div. Güter, Roggen u. Erbsen je 4, Weizen u. Rübsaat 3, Stückgüter, Weizen u. Erbsen, Weizen u. Roggen, Erbsen u. Gerste, Heeringe je 2, verschied. Getreide u. Doppelbier, Roggen u. Gerste, Roggen u. Stückgüter, Gerste, Peimfuchen, Rübsaat, Thierknochen, Munition u. Kalksteine je 1 Schiff.

Meteorologische Beobachtungen.

| | | | | |
|----|---|--------|--------|------------------------|
| 31 | 4 | 338,09 | + 14,1 | Nörtl. flau, heiter. |
| 1 | 8 | 337,63 | 11,8 | Südl. do. hell, schön. |
| 12 | | 337,13 | 19,0 | SW. do. do. |

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Gesegelt am 31. August:
5 Schiffe m. Holz u. 3 Schiffe m. Getreide.
Angekommen am 31. August:
Blumh, Johann, v. Stettin, m. Schlemmkreide.
Gesegelt am 1. September:
50 Schiffe m. Getreide und 14 Schiffe mit Holz.
Hammer, Dampf, Maria, n. Dover, m. Getr. u. Bier.
Wiedergesegelt: Schmorow, Agnes; Spensjen, Sandbue; Dirksen, Esperance; u. Zimmermann, Replea.
Ankommend: 1 Dampfschiff. Wind: SW.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 1. Septbr.

Gestern nach der Börse wurden noch 130 Last Weizen, 130.132 pfd fl. 433; 131.32 pfd fl. 440 verkauft. Heute Umsatz Weizen, 150 Last, 130.31 pfd. fl. 430; 130 pfd. fl. 400, 425; 128 pfd. fl. 417½; 124.25 pfd. frisch fl. 380; Alles vr. 85 pfd.
Roggen, 119 pfd. fl. 220 pr. 81½ pfd.
Weiße Erbsen, fl. 306 pr. 90 pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 1. September.

Weizen 124—131 pfd. buat 63—68 Sgr.
126—134 pfd. hellb. 67—74 Sgr. pr. 85 pfd. 3. G.
Roggen 120—128 pfd. 38/39—41½ Sgr.
pr. 81½ pfd. 3. G.
Erbsen weiße Koch. 52—54 Sgr.
do. Futter. 49—51 Sgr.
Gerste kleine 106—112 pfd. 34—37 Sgr.
große 112—118 pfd. 35—38 Sgr.
Hafer 70—80 pfd. 24—27—28 Sgr.

Course zu Danzig am 1. September.

| | | |
|-------------------------|------|------|
| London 3 M. | 151½ | 6.21 |
| Hamburg 2 M. | 85½ | 85 |
| Westpr. Pf.-Br. 3½% | 96½ | — |
| do. 4% | 101½ | 97½ |
| do. 4½% | — | — |
| Pr. Rentenbriefe | 97½ | — |
| Danz. Stadt-Obigationen | — | — |

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Die Kaufl. Zint n. Fam. a. Pr. Stargard, Girsfeld a. Berlin, Waagen a. London u. Kamier a. Caen.

Hotel de Berlin:

Gerichts-Assistent Semler u. Eisenbahn-Restaurateur Fürstenberg a. Berlin. Die Kaufl. Burdinski a. Königsberg u. Siemenroth a. Mewe.

Walter's Hotel:

Kaufm. Jacob a. Berlin. Steuer-Supernumerar Schröder a. Pr. Stargard.

Hotel zum Kronprinzen:

Professor u. Dr. med. Brubns a. Leipzig. Inspector Deutler a. Buzsek. Die Kaufl. Jacobson a. Gattsch. Friedländer a. Berlin u. Zabudowski a. Bialystok. Rünstler Krosso a. Moskau. Affecuranz-Inspector Krüger a. Stettin.

Hotel d'Oliva:

Die Gutsbes. Helbing a. Zarnidau u. Lemke aus Hermsdahl. Die Kaufl. Neumann a. Berlin, Westphal a. Stolp, Sohn a. Mainz u. Riebel a. Königsberg. Rentant Reinhardt a. Brauneberg.

Hotel de Thorn:

Rentier Börner a. Zugdam. Die Kaufl. Neumann u. Weinberg a. Berlin, Kersten a. Mainz, Seelisch a. Frankfurt a. M., Heimlich a. Magdeburg u. Gerlach a. Stettin. Seccadett v. Ehrhardt a. Danzig. Rath Ruhn a. Berlin. Rittergutsbes. v. Könenhardt a. Spangena. Baron v. Keller n. Fam. u. Dienersberg a. Heilsberg. Prediger Bartels n. Fam. a. Greifenb. Frau Heinowksi n. Fam. a. Tourzuo. Frau Ortman a. Gütland. Frau Mühlebesitzerin a. Kriekohl.

Victoria-Theater.

Freitag, den 2. September. Zum Benefiz für Fräul. Marie Bartsch. Zum ersten Male: **Die wie mir.** Schwank in 1 Akt. Hierauf: **Ein moderner Barbar.** Lustspiel in 1 Akt von Moser. Dann folgt: **Monsieur Hercules.** Originalschwank in 1 Akt von Vello. Zum Schluß: **Die Helden,** oder: **Ein Damen-Quell.** Dramatisirter Scherz in 1 Akt von Mariano.

Bekanntmachung.

Der sogenannte Maufische Seezug bei Neufähr, welcher östlich an den Neufährer und westlich an den Kraufener Seezug grenzt, soll vom 2. Februar 1865 ab, auf fernere 3 Jahre in öffentlicher Pachtung verpachtet werden.

Hierzu haben wir einen Termin auf

den 10. September cr.,

von 11 Uhr Vormittags ab, im Rathhause hier selbst vor dem Herrn Kämmerer und Stadtrath Strauß anberaunt, und laden Pachtlustige dazu mit dem Bemerkten hierdurch ein, daß von 12 Uhr Mittags ab neue Bieter nicht mehr zugelassen und nach Schluß des Termins Nachgebote nicht weiter angenommen werden.

Danzig, den 16. August 1864.

Der Magistrat.

Freitag, den 9. September, Nachmittag 1 Uhr, sollen auf dem Hofe des Herrn Kaufmann **Rahn** zu **Stuthof**, folgende Gegenstände, als: **Zwei Rappen (Wallache)** 4- und 9-jährig, 1 Arbeitsgeschirr, 1 elegantes Geschirr, 1 Spazierwagen, 1 Arbeitswagen mit Leitern, 1 Arbeitschlitte mit Eisenbeschlag, 2 Paar Pferdebeden, 1 Karrhafen, 1 Pferdeplatz, 2 Eggen in öffentlicher Auktion meistbietend gegen baare Bezahlung verkauft werden.

Gratis 2 prachtvolle Stahlstich-Prämien im Werthe von 2 *Rthl.* und 6 Bände des **Illustrierten Familien-Journals** werden gegen Einsendung von 3 *Rthl.* übermittelt durch **A. H. Payne** in Leipzig, Dresden, Wien & Berlin.

Eine in bester Nahrung stehende **Bäckerei**, verbunden mit einer **Windmühle**, die vollauf Beschäftigung hat, soll eines eingetretenen Todesfalles wegen, sofort verpachtet werden. Die näheren Bedingungen, so wie den Ort, wird Herr Kaufmann **v. Kampen** in Oliva, auf mündliche Anfragen, mittheilen.
Ein mit den nöthigen Vorkenntnissen ausgerüsteter Knabe kann als **Lehrling** eintreten bei **E. Doubberck**, Buch- und Kunsthandlung, Langgasse Nr. 35.